



## Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen und Leser,

vor einer Woche ist Alt-Bundespräsident Richard von Weizsäcker gestorben. Die große Bedeutung seiner Amtszeit liegt in der Aussage: "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft." Unvorstellbar, wir würden heute noch unter einer faschistischen Herrschaft leben müssen! Wir verlieren einen Politiker und Staatsmann, der es wagte weiter zu denken und es zu sagen. Er regte neues Denken an und hat Deutschlands Ansehen in der Welt gemehrt. Wir trauern um einen großen Deutschen.

Geradezu überwältigt war ich vom großen Andrang

beim „Get Together“ im Kleistforum. Die Veranstaltung, bei der sich Frankfurter Bürgerinnen und Bürger sowie Bewohner aus den Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber und Flüchtlinge trafen, war ein voller Erfolg. Es würde mich sehr freuen – und ich würde es auch aktiv unterstützen –, wenn sich aus dieser Initialzündung etwas Dauerhaftes entwickeln würde. Daran arbeite ich und suche Mitstreiter.

In diesem Jahr wird es eine Erhöhung des Kindergeldes geben. Um wieviel das Kindergeld ansteigen wird, ist derzeit Gegenstand von Verhandlungen. Anlass ist der 10. Existenzminimumbericht, der eine Erhöhung des Grundfreibetrages und des Kinderfreibetrages erforderlich macht. Konsequenterweise muss damit

auch das Kindergeld erhöht werden, da nicht alle in den Genuss des Kinderfreibetrages kommen. Für mich nicht akzeptabel aber bleibt, dass alle Hartz IV-Empfänger-Familien wegen der Anrechnung nichts von der Erhöhung haben werden. Hier müssen neue Wege der Unterstützung gefunden werden. Da bin ich dabei.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen

Ihr  
Martin Patzelt



© Deutscher Bundestag / Achim Melde

### Red Hand Day

Am Mittwoch wurde mit einer Aktion „Red Hand Day“ dem Internationalen Gedenktag an das Schicksal von Kindersoldaten erinnert.

Hunderttausende rote Handabdrücke wurden schon in über 50 Ländern gesammelt und an Politiker und Verantwortliche übergeben. Trotz vieler wichtiger Erfolge gibt es immer noch 250.000 Kindersoldaten weltweit.

## Get together - Party in Frankfurt (Oder)

Über 300 Menschen sind am 31. Januar meiner Einladung ins Kleistforum in Frankfurt (Oder) gefolgt und sorgten für ein buntes Miteinander.

Ich wollte einen Raum schaffen, in dem sich Frankfurter und Migranten – egal, welchen Status sie derzeit haben – begegnen und kennen lernen können. Und das ist gelungen. Der „Gesang der Kulturen“, eine Chorgemeinschaft aus Frankfurtern, Slubicern und Asylbewerbern, lud uns zum Mitsingen ein. Wir tanzten Squaredance und syrische Volkstänze. Es

wurde gespielt und erzählt.

Die Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber und Flüchtlinge waren an diesem Tag wie leergefegt. Dies ist ein Zeichen, wie sehr sich deren Bewohner solche Begegnungen wünschen – es sollte also unbedingt Fortführungen geben.

Darum habe ich mich sehr gefreut, dass auch Initiativen aus der Stadt dabei waren, die sich auf verschiedenste Weise für ein gutes Miteinander von Bürgern und Migranten einsetzen. Es entstanden schon konkrete Ideen für weitere Projekte und Hilfsangebote. Bei

aller Freude an dem Fest wurde auch deutlich, dass wir die nach Deutschland flüchtenden Menschen nicht als anonyme Masse behandeln können. Es lohnt sich, die Men-

schen kennen zu lernen und ihre persönliche Geschichte, ihre Fähigkeiten und Wünsche zu erfahren. So bekommen sie ein Gesicht. So können Vorurteile und Ängste überwunden werden.



## Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

### Büro Berlin

Katja Frenkel  
Dr. Maria Blömer  
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030/227 71440  
Fax 030/227 76439  
martin.patzelt@bundestag.de

### Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch  
Sophienstr. 41/42  
15230 Frankfurt (Oder)  
Tel. 0335/276 294 36  
Fax 0335/276 294 37  
martin.patzelt.ma04@bundestag.de  
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,  
Mi 9-16 Uhr

### Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata  
Saarlouiser Str. 35  
15890 Eisenhüttenstadt  
Tel. 0335/276 294 36  
Fax 0335/276 294 37  
geöffnet: Do 16-18 Uhr

### Wahlkreisbüro Beeskow

Manuela Heuer  
Berliner Str. 19  
15848 Beeskow  
Tel. 0335/276 294 36  
Fax 0335/276 294 37  
geöffnet: Mi 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu abonnieren, senden Sie uns bitte eine E-Mail an:  
martin.patzelt@bundestag.de

[www.martin-patzelt.de](http://www.martin-patzelt.de)

## Erweitertes Führungszeugnis

Seit 2012 verlangt das Bundeskinderschutzgesetz das erweiterte Führungszeugnis für ehrenamtliche Mitarbeiter in der Jugendarbeit. Vereine, Kommunen und Gemeinden klagen über einen hohen Bürokratieaufwand und über datenschutzrechtliche Probleme. Acht eingeladene Experten und Sachverständige sprachen sich am Montag in einer öffentlichen Anhörung des Familienausschusses dafür aus, dass das erweiterte Führungszeugnis durch eine vereinfachte Auskunft des Bundeszentralregisters ersetzt werden könnte.

Nach dem Bundeskinderschutzgesetz müssen haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter ein erweitertes Führungs-

zeugnis vorweisen, aus dem hervorgeht, dass sie bislang nicht nach der in Paragraph 72a aufgeführten Straftatbestände verurteilt worden sind. Nach Ansicht der Experten ist jedoch diese Regelung zu bürokratisch, datenschutzrechtlich umstritten, verursacht zu hohe Kosten und verunsichert viele Vereine und deren Mitarbeiter, die sich oftmals einem Generalverdacht ausgesetzt sehen.

Der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig, argumentierte, eine bereichsspezifische Auskunft beim Bundeszentralregister erfülle den gleichen Zweck wie die Vorlage eines Führungs-

zeugnisses. Dabei wäre es ausreichend, dem Antragsteller mitzuteilen, ob ein einschlägiger Eintrag vorliege oder nicht. Es wäre wünschenswert, wenn sich dies als eine Selbstverständlichkeit in der Kinder- und Jugendarbeit durchsetzen würde.

Für ein solches Abfrage-Modell sprachen sich auch die übrigen Sachverständigen aus. Ebenso sprachen sich die Experten dafür aus, dass die Regelung auch für kommerzielle Anbieter in der Kinder- und Jugendarbeit gelten müsse. Außerdem wurde angeregt, dass Verurteilungen wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen für immer im Führungszeugnis aufgeführt werden sollte.

## Gewalt gegen Frauen

In Deutschland sind Frauen nur sehr schlecht über Kampagnen und Initiativen zum Thema Gewalt gegen Frauen informiert. Lediglich 23 Prozent der Frauen über 15 haben davon schon einmal gehört.

Damit liegt Deutschland unter den 28 Mitgliedsstaaten auf einem der letzten drei Plätze. Dies ist Ergebnis der Studie „Gewalt gegen Frauen“ der Agentur der Europä-

ischen Union für Grundrechte, die am Mittwoch im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vorgestellt wurde. Für die repräsentative Umfrage waren 42.000 Frauen nach dem Zufallsprinzip ausgewählt und in zweistündigen Einzelinterviews befragt worden.

Laut der Studie liegt der Anteil der Frauen zwischen 15 und 74 Jahren, die physische oder sexuelle Gewalt erlebt

haben, mit 35 Prozent leicht über dem EU-Durchschnitt von 33 Prozent. In Deutschland sind zudem 13 Prozent der Mädchen unter 15 Jahren Opfer von sexueller Gewalt geworden. Der EU-Durchschnitt beträgt zwölf Prozent. Auch bei den sexuellen Belästigungen von Frauen rangiert Deutschland mit 60 Prozent über dem EU-Durchschnitt von 55 Prozent.